

Tarifrunden: Rückblick und Ausblick

Die Tarifrunde 2016 hat bereits begonnen: so in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie und bei der Deutschen Telekom AG. Ende Februar folgt der öffentliche Dienst (Bund, Gemeinden), Ende März die Metall- und Elektroindustrie und im Sommer dann u. a. die chemische Industrie. Insgesamt laufen von Ende 2015 bis Ende 2016 die Tarifverträge für knapp 12 Millionen Beschäftigte aus.

Rückblick auf 2015

Insgesamt schlossen die DGB-Gewerkschaften im vergangenen Jahr Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 12,5 Mio. Beschäftigte ab. Laut WSI-Tarifarchiv haben im Jahr 2015 sowohl die Tariflöhne real um 2,4 % zugelegt, aber auch die Bruttoeinkommen ohne Tarifbindung sind leicht gestiegen, was sicher am neu eingeführten gesetzlichen Mindestlohn liegen dürfte. Vor allem in klassischen Niedriglohnbranchen (Dienstleistungsbranchen, Einzelhandel, Gastgewerbe u.a.) sind dadurch die Verdienste für ca. 5 Millionen gestiegen. Das ist gut, zeigt aber deutlich, dass 5 Millionen absolute Hungerlöhne hatten. Und auch mit Mindestlohn sind es immer noch Armutslöhne. Auch der Mindestlohn muss in den Tarifrunden mit in den Focus, wie auch die überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen. Denn die Entwicklung zeigt, dass gerade die unteren Entgeltgruppen und die Einkommen ohne Tarifbindung weit abgeschlagen sind.

Lohndumping der Agendapolitik wirkt nach

Das Lohndumping, das in Deutschland in Folge der Agenda 2010 durchgedrückt wurde, wirkt immer noch nach: Anfang der 2000er Jahre betrug die Lohnquote (Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) noch 72 Prozent. Mit der Agenda-2010-Politik brach die Lohnquote deutlich auf 68 Prozent ein und verharrt dort. Hinter dem Rückgang der Lohnquote um vier Prozentpunkte seit 2000 steckt richtig viel Geld. Mehr als 100 Milliarden Euro würden die Beschäftigten 2015 mehr bekommen, wäre die Lohnquote noch bei 72 % wie im Jahr 2000. Diese Umverteilung seit 2000 zugunsten der Reichen müssen wir in dieser Tarifrunde zu unseren Gunsten umkehren.

Arbeitskämpfe in 2015 auf höherem Niveau

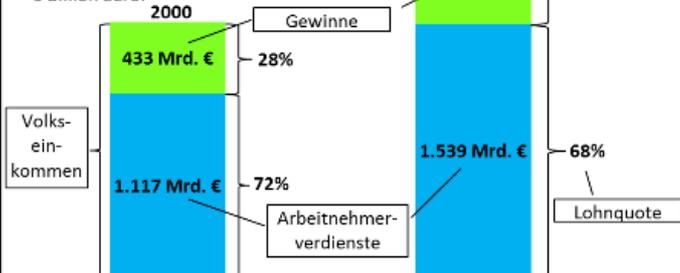
Soviel Arbeitskämpfe wie 2015 gab es selten in der Bundesrepublik – ein vielfaches mehr als in den vergangenen Jahren. Im internationalen Vergleich ist das zwar immer noch sehr wenig, aber immerhin. Im Zentrum der Konflikte stand die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Sie war und ist an Ausständen ganz unterschiedlicher Art beteiligt: an Defensivkämpfen um den Erhalt bestehender Standards wie bei der Post und beim Einzelhandelsriesen Real, am Ringen um die tarifpolitische Erschließung „weißer Flecken“ wie bei Amazon, an Offensiven wie jener um die Aufwertung typischer Frauenberufe wie im Sozial- und Erziehungsdienst und sogar an Kämpfen um die Durchsetzung personeller Mindeststandards wie jenem am Berliner Uniklinikum Charité. So verschieden all diese Konflikte waren, sie haben eines gemeinsam: Sie sind extrem langwierig, wurden und werden von den Unternehmensspitzen beziehungsweise der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände mit harten Bandagen geführt. Heute muss jede noch so kleine Errungenschaft oder der Erhalt bereits erreichten Standards gegen den erbitterten Widerstand von Kapital und Politik durchgesetzt werden. Vom Management werden die Verteilungskonflikte mit aller Härte geführt – inklusive des Einsatzes von Leiharbeitern und Beamten als Streikbrecher sowie von Versuchen, Streiks per Gerichtsbeschluss zu verbieten. Die Entschlossenheit, mit der der Klassenkampf von oben geführt wird, fehlt den Gewerkschaften meistens. Vielfach gehen deren Spitzenfunktionäre immer noch davon aus, dass man im üblichen Rahmen schon einen annehmbaren Kompromiss finden wird. Dass das nicht funktioniert, haben die Streiks bei Post, Bahn und Lufthansa sowie im Sozial- und Erziehungsdienst deutlich gemacht.

Wochenlang saßen die Arbeitgeber diese einfach aus, selbst wenn sie erheblichen wirtschaftlichen Schaden verursachten.

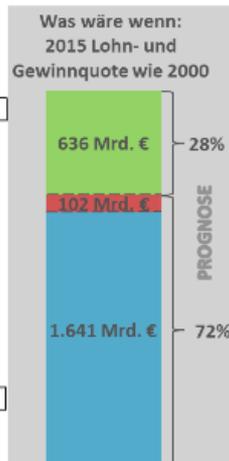
Konsequenz aus diesen Erfahrungen muss sein, dass auch die Gewerkschaften betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen verstärkt als politische Konflikte begreifen. Darin liegt das Potential, Streiks für Politik und Kapital schmerzhaft werden zu lassen.

Beschäftigte bekommen immer weniger vom Kuchen

Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, sank besonders seit Beginn der Agenda-2010-Politik. 2015 liegt sie vier Prozentpunkte niedriger als 2000. Dahinter steckt richtig viel Geld. Wäre die Lohnquote 2015 noch auf dem Niveau von 2000, müssten die Beschäftigten 102 Milliarden mehr bekommen. Seit 2000 summieren sich die Verluste auf weit mehr als 1 Billion Euro.



Folgen der Agendapolitik



Quelle: destatis, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1.4, Prognose 2015: DIW Sommergrundlinie

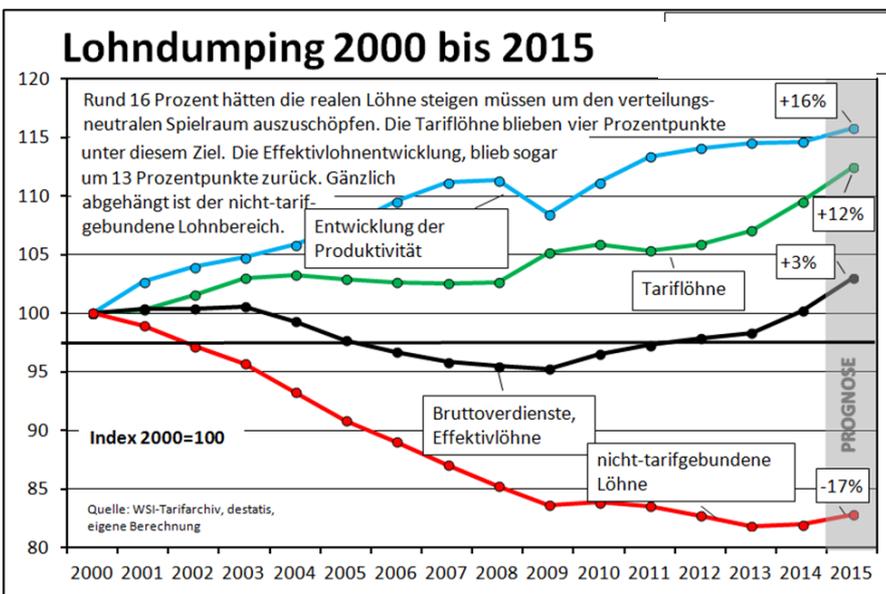
Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
 Hans Kroha – Klaus Peter Löwen –
 Christa Hourani – Christian Boissevain
E-Mail: forum@gegewi.de
Redaktionsschluss:
 6. Februar 2016

Ausblick Tarifrunden 2016

Die bisherigen Forderungen bewegen sich zwischen 4,5 und 6 % bei 12monatiger Laufzeit. So forderte die NGG für die Süßwarenindustrie 6 Prozent, für die Lebensmittelindustrie, im Lebensmittelhandwerk sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe um 4,5 bis 5,5 %. Die IG Metall forderte für die nordwest- und ostdeutschen Stahlbranche und für die Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie 5 % mehr, jeweils kombiniert mit Forderungen zur Altersteilzeit und bei Holz und Kunststoff noch Übernahmeregelungen für Ausgebildete.

dieser Branche. Aus den Betrieben kamen z. T. wesentlich höhere Forderungen, so z.B. Porsche Zuffenhausen 7,5 %, Coperion Stuttgart 6,5 % mit einem Sockel von 195 Euro und Daimler Untertürkheim mit mindestens einer 6 vor dem Komma. Dort wurde eine Umfrage durchgeführt, in der der rechnerische Wert für die Forderung bei 6,7 % lag. In vielen Redebeiträgen aus den Betrieben wurde betont, dass die Prozentforderung nicht unter der vom letzten Jahr liegen darf (betrug 5,5 % + ATZ), da in der letzten Tarifrunde ja auch noch die qualitative Forderungen von Alters- und Bildungsteilzeit mit auf der Agenda waren.



Die Forderungsempfehlung aus Stuttgart lag bei 5 bis 5,5 %, die Forderung für den Bezirk Baden-Württemberg ist 5 %. Also auch eher bescheiden und einiges unter den Forderungen, die aus vielen Betrieben zu hören waren. Auch konnte sich keine soziale Komponente, die die unteren Entgeltgruppen stärker anhebt, durchsetzen.

Kämpferische Tarifrunde

Auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag im Herbst 2015 beschlossen die Delegierten einen Leitantrag, mit dem eine neue Eskalationsstufe zwischen Warn- und Erzwingungsstreik eingeführt wird. Denkbar seien beispielsweise „befristete betriebsbezogene (Warn-)Streiks, die mit der Legitimation einer betrieblichen Abstimmung nach Beschluss durch den Vorstand auch eine Streikunterstützung zur Folge hätten“.

Forderungsempfehlung IG Metall äußerst bescheiden

Dagegen ist die Forderungsempfehlung der Tarifkommission für die Metall- und Elektroindustrie mit einem Forderungsrahmen von 4,5 bis 5,0 % ohne qualitative Forderung mehr als bescheiden, insbesondere bei den hohen Gewinnen

Das soll die Flexibilität und Beteiligung der Belegschaften in Tarifaueinandersetzungen stärken. **Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass es kämpferische Tarifrunden gibt. Fordern wir die beschlossene Beteiligung ein, um eine breite Streikbewegung aufzubauen und ein gutes Ergebnis durchzusetzen.**

Tarifrunde Öffentlicher Dienst 2016: Zwischen Haushaltsüberschüssen und Pleitekommunen

In diesem Jahr steht für Bund und Kommunen eine Tarifrunde an, die sich im Wesentlichen um eine Erhöhung der Löhne drehen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Situation im Bund von einem üppigen Haushaltsüberschuss von 18 Milliarden € und die vieler Kommunen, vor allem in NRW, Schleswig – Holstein oder Niedersachsen, von einer heftigen Unterfinanzierung geprägt ist. Vor der Entscheidung der großen Tarifkommission von ver.di am 18. Februar laufen die Diskussionen in den Bezirken ziemlich kontrovers. Vielfach gab es Forderungen nach einem Festbetrag oder zumindest nach einem Mindestbetrag. Dies wird u.a. von F. Bsirske abgelehnt, der es diesmal offensichtlich auf eine schnelle Einigung abgesehen hat und deswegen eine reine Prozentforderung bevorzugt.

Die ver.di-Jugend wird diese Tarifrunde mit einer eigenen Kampagne begleiten, in der die Frage der Übernahme nach der Ausbildung im Mittelpunkt steht. Es soll endlich die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung zur Regel werden. Bisher werden die meisten Azubis nur befristet übernommen, was nicht nur zu einer unsicheren Lebensplanung, sondern auch zu einer besonderen Anpasstheit im Betrieb führt.

Die Öffentlichen Arbeitgeber halten sich mit Stellungnahmen diesmal sehr zurück. Lediglich die Hinweise auf die hohen Kosten, die für die Versorgung der Flüchtlinge

aufzubringen sind, geben einen Hinweis darauf, was von ihnen zu erwarten ist, wenn es konkret wird. Dagegen muss sich gewappnet werden. Es ist doch nicht einzusehen, dass Schäuble Milliarden Überschüsse hortet, während die Beschäftigten mit Billigabschüssen abgesspeist werden sollen.



Geld ist genug da in diesem reichen Land, wie erst gerade wieder bestätigt wurde. Was wir brauchen ist die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, das Schließen von Steuerschlupflöchern, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Damit wäre genug Geld für eine kräftige Lohnerhöhung, für die Unterbringung der Flüchtlinge, aber auch für eine kräftige Anhebung des ALG 2 vorhanden.

Helmut Born

Gewerkschaftstag der IG Metall: Neue Kampagnen, Widersprüche, Überraschungen

Ende Oktober 2015 fand der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Er war geprägt von vielen Widersprüchen, die sich in Beschlüssen und Diskussionen zeigten. So ist er für Frieden, aber auch für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie. Er will TTIP stoppen, aber auch weitere Verhandlungen führen. Er ist für gewerkschaftliche Solidarität, aber schwächt den DGB. Er ist für das uneingeschränkte Streikrecht, aber auch für das sogenannte Tarifeinheitsgesetz. Es soll eine Kampagne zur Arbeitszeit gestartet werden, ohne dabei die Verkürzung der Arbeitszeit in den Fokus zu stellen. Diese Widersprüche zeigen, dass es keine einheitliche brauchbare Analyse der gegenwärtigen Lage gibt, sondern eine Vielzahl von Meinungen. Es ist aber auch eine Chance für linke Kräfte in den Gewerkschaften, die Positionen zu stärken, die für eine kämpferische Politik in der IG Metall eintreten.

Überraschendes Wahlergebnis

Überraschungen gab es bei den Wahlen. Als erstes Mal in der 125jährigen Geschichte wurde eine Frau in die Spitze dieser männerdominierten Gewerkschaft gewählt. **Christiane Benner** wurde mit knapp 92% zur Zweiten Vorsitzenden gewählt, 0,6% mehr Stimmen, als **Jörg Hofmann** als Erster Vorsitzender bekam. Der linke **Hans-Jürgen Urban** bekam 94% der Stimmen und ist wieder geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Dass der rhetorisch starke Urban anders als die meisten seiner Vorstandskollegen nicht das SPD-Parteibuch hat, störte die Delegierten offenbar ebenso wenig wie seine Kapitalismuskritik. In seiner Rede sagte er u.a.: „Ich weiß: An eine Perspektive jenseits des heutigen Kapitalismus zu denken, gilt als Tagträumerei. Aber ich sehe das anders. Ich sehe mich in der Tradition der Arbeiterbewegung, in der Tradition unserer IG Metall. Kurzum, solltet ihr mir erneut euer Vertrauen schenken, dann handelt ihr euch einen ein, der diese Tradition auch im 21. Jahrhundert weiterleben will!“ Viele Metaller finden diese Positionen offenbar gar nicht schlecht.

Kampagne zur Arbeitszeitpolitik

Die IG Metall will eine bundesweite auf drei Jahre angelegte Kampagne zur Arbeitszeitpolitik starten. Die Verkürzung der Arbeitszeiten steht dabei allerdings nicht im Fokus. Stattdessen sollen der ausufernden Flexibilisierung und unbezahlter Arbeit ein Riegel vorgeschoben werden. Gesellschaftlich soll ein neues Leitbild der Arbeitszeit entwickelt werden – gegen die „Kultur der Langzeitarbeit“. Betrieblich sollen Projekte wie Altersteilzeit, Bildungszeit sowie Arbeitszeit und Leistungs politik angegangen werden. Tariflich werden die Arbeitgeber an die Gesprächsverpflichtung zur Arbeitszeit ermahnt. Politisch steht die Forderung nach einem Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit, um die Teilzeitfalle abzuschaffen. Die Forderung nach der Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche wurde lediglich als Material beschlossen.

Schon lange hat die IG Metall die Handlungshoheit in der Arbeitszeitpolitik verloren. Mit diesen Beschlüssen wird sie diese leider auch nicht zurückgewinnen. Dazu greifen die Ziele nicht weit genug. Die in den 1980er Jahren erkämpfte 35-Stunden-Woche wird in der Branche und Unternehmen völlig unterschiedlich umgesetzt. Das hat die IG Metall sich und den Beschäftigten allerdings selbst mit eingebrockt. Denn im Zuge der Verkürzung auf 35 Wochenstunden akzeptierte sie den Beginn einer weitreichenden Flexibilisierung. Die tatsächlichen Arbeitszeiten steigen und entfernen sich damit immer weiter von den in den Tarifvereinbarungen festgelegten. Lediglich die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland könnte noch einmal auf die Agenda kommen. Dies wird von einigen ostdeutschen Verwaltungsstellen gefordert und soll auch Teil der arbeitszeitpolitischen Kampagne der IG Metall werden.

Kampf gegen Tariffucht

Zudem schreibt sich die Industriegewerkschaft den Kampf gegen Tariffucht auf die Fahnen. Notwendig seien eine gesetzliche Reglementierung von Werkverträgen, sowie die Ausweitung der Tarifbindung. Denn auch im Organisationsbereich der IG Metall hat sich der Geltungsbereich von Tarifverträgen drastisch verringert: Waren Anfang der 1990er Jahre noch über 70 Prozent der Beschäftigten von einem Branchentarifvertrag erfasst, sind es heute kaum mehr als die Hälfte. Zudem gibt es große Unterschiede zwischen den Regionen und Zweigen. Während in der bayerischen Metallindustrie fast 70 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden sind, sind es in Sachsen nur 20 Prozent. Vor diesem Hintergrund setzt sich die IG Metall das Ziel, die Tarifbindung von Betrieben und Beschäftigten jedes Jahr zu erhöhen. In den vergangenen Monaten wurden insbesondere in Werkvertragsfirmen bereits sichtbare Erfolge erzielt.

Weitere Entmachtung des DGB

In der neuen Satzung erklärt die IG Metall jetzt ganz offen: Was der DGB beschließt, interessiert uns nicht. Das zielt vor allem auf Entscheidungen des DGB-Schiedsgerichts bei Abgrenzungskonflikten. Damit hat die Metallergewerkschaft das schlichte Prinzip etabliert: Der Stärkere setzt sich durch. Das ist das Gegenteil von Solidarität und Einheit. Kurz zuvor hatte Hofmann gesagt, der DGB müsse „neu erfunden werden“, und zwar „als Sprachrohr“ der Einzelgewerkschaften. Erst mit dem Satzungsbeschluss wird klar, was das heißt: Der DGB ist nur noch ein verlängerter Arm der (großen) Einzelgewerkschaften. Das verleiht dem seit Jahren anhaltenden Bedeutungsverlust des Dachverbands eine neue Qualität. Dies hatte sich bereits letztes Jahr angedeutet, als IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG – an ihren Schwestergewerkschaften vorbei – ein Kooperationsabkommen schlossen.

Weitere Unterstützung des Tarifeinheitsgesetzes

Die Industriegewerkschaft Metall bleibt bei ihrer Unterstützung für das Gesetz zur sogenannten Tarifeinheit. Das haben die knapp 500 Delegierten beschlossen. Kritik daran kam insbesondere aus Niedersachsen. In einem Antrag aus Osnabrück hieß es, eine solidarische Interessenvertretung zu schaffen, sei Aufgabe der Gewerkschaften und nicht der Bundesregierung. Die gesetzliche Regulierung „Tarifeinheit“ führe unweigerlich zur Einschränkung des Streikrechts.

Die Gewerkschaft sind „das Stärkste...“, was die Schwachen haben“. Zu den Mühen der alltäglichen gewerkschaftlichen Kleinarbeit, zu Streit über die strategische Ausrichtung und zu einer letztlich solidarischen Aktionsorientierung gibt es keine Alternative. Wir bleiben dran.

Weitere Infos unter:

<http://www.labournet.de>: >Politik > Gewerkschaften
> Gewerkschaften in Deutschland > IG Metall
<https://igm-gewerkschaftstag-2015.de/>

Ver.di-Bundeskongress: Anspruch und Wirklichkeit einer kämpferischen Gewerkschaft

Vom 20. bis 26. September letzten Jahres fand der vierte Bundeskongress der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in der Leipziger Messehalle statt. Er fand zu einem Zeitpunkt statt, in dem im Land über die Flüchtlingspolitik nicht nur diskutiert, sondern im Rahmen der Willkommenskultur ganz ungewöhnliche Aktivitäten großer Teile der Bevölkerung zu registrieren waren. So war auch der Bundeskongress geprägt von Diskussionen, Anträgen und Aktivitäten, die mit diesem Thema zu tun hatten.

Das fing an mit der Rede der Bundeskanzlerin am Anfang des Kongresses bis zum Ende, in dem in einem Antrag die finanziellen und personellen Ressourcen eingefordert wurden, um die ins Land flüchtenden Menschen menschenwürdig aufzunehmen und Perspektiven bieten zu können.

Der Kongress war weiterhin beschäftigt mit den Neuwahlen zum Bundesvorstand wie mit den Ergebnissen der Aufwertungsrunde der Sozial- und Erziehungsdienste und dem desaströsen Ende der Tarifrunde bei der Post.

Bei den „Wahlen“ zum Bundesvorstand gab es für die 14 Positionen genau 14 Kandidatinnen bzw. Kandidaten. Von daher verbietet es sich eigentlich von Wahlen zu sprechen. Allerdings muss angemerkt werden, dass von den 14 KandidatInnen 12 von den Fachbereichen nominiert worden waren, während lediglich der Vorsitzende und seine beiden StellvertreterInnen nicht im Vorfeld offiziell nominiert waren. Aber wie das in den Gewerkschaften so ist, werden schon im Vorfeld eines Kongresses personelle Entscheidungen getroffen. So überraschte eigentlich nur, dass die stellvertretende Vorsitzende und Bundesfachbereichsleiterin für Post und Logistik, Andrea Koscis, mit einem Ergebnis von über 90% gewählt wurde, während der Vorsitzende F. Bsirske offensichtlich für den Verlauf der Aufwertungsrunde abgestraft wurde.

Die Diskussionen zur Aufwertungsrunde und zum Ergebnis des Poststreikes waren äußerst unterschiedlich. Während Delegierte aus dem Postbereich eine Lobhudelei abliefern, waren die Wortbeiträge der Delegierten aus dem Bereich der Erzieherinnen sehr viel kritischer und gingen mit dem Agieren von F. Bsirske teilweise hart ins Gericht. Das Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ver.di sowie die ver.di Linke NRW hatten einen Antrag zum weiteren Verlauf der Aufwertungskampagne eingebracht, der mit Änderungen von einer großen Mehrheit angenommen wurde.

Bei den weiteren Antragsberatungen gab es viele linke Positionsbestimmungen der Delegierten, ob es sich um TTIP, Ceta und Tisa, um die Frage Krieg und Frieden oder um antifaschistische Aktivitäten handelt. Auch die Versuche von Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat, die Rechte der Delegierten einzuschränken, blieben sämtlich ohne Erfolg. Lediglich bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung drückten sich die Delegierten um die Festlegung einer konkreten Stundenzahl herum. Ein Antrag zur Festlegung auf die 30-Stunden-Woche erhielt nur ca. 1/3 der Delegiertenstimmen.

ver.di bekannte sich in vielen Beiträgen zu dem Anspruch, eine kämpferische Gewerkschaft zu sein. Aber den Anspruch zu formulieren und ihn auch umzusetzen sind zwei verschiedene paar Schuhe. Wenn wir die letztjährigen Tarifrunden Revue passieren lassen, müssen wir feststellen, dass ver.di die bedeutendsten Streiks organisiert hatte. Es waren ja nicht nur die beiden erwähnten Auseinandersetzungen, hinzu kamen noch die Tarifrunden bei der Postbank, im Groß- und Einzelhandel und der Kampf der Amazon-Beschäftigten. Wenn wir aber die Ergebnisse an den Ansprüchen messen, muss festgestellt werden, dass trotz heftiger Streiks diese weit hinter den Forderungen zurück bleiben.

Auf dem Bundeskongress wurde häufig, unter anderem von Andrea Koscis und Frank Bsirske über die harte Haltung der Kapital- bzw. Kommunalvertreter geklagt. Offensichtlich fehlt ein Verständnis von der Haltung weiter Teile der Unternehmer, egal ob von Kapital- oder Öffentlicher Seite. In Zeiten der Orientierung auf Schuldenbremse und Maximalprofit ist Sozialpartnerschaft passé. Eine kämpferische Politik, die darauf orientiert, wieder zu einer "wirklichen" Sozialpartnerschaft zu kommen, ist zum Scheitern verurteilt. Das hat vor allem das Ergebnis der Posttarifrunde mehr als deutlich gezeigt.

Helmut Born, ver.di Linke NRW

Ohne Arbeit stirbt die Stadt, stirbt die Region Überbetriebliches Solidaritätskomitee gegründet

Europaweit will der Konzern General Electric (GE) 6.500 Arbeitsplätze vernichten. In Deutschland ist der Standort in Mannheim mit der geplanten Vernichtung von 1.700 Stellen betroffen. Das Werk im saarländischen Bexbach soll ganz geschlossen werden. Damit würden hier 170 Beschäftigten ihre Existenzgrundlage verlieren. In Stuttgart ist der Abbau von 255 der 380 Stellen geplant. Die Beschäftigten befürchten, dass der Standort später komplett aufgegeben wird.

Am 4. Februar hat die IGM eine Protestkundgebung von 700 Beschäftigten vor dem Werk in Obertürkheim organisiert. Aus den Niederlassungen in Mannheim, Kassel, Mainz, Bexbach und Neumark waren Delegationen nach Stuttgart gekommen, um anlässlich der Aufsichtsratssitzung den Erhalt aller Arbeitsplätze und aller Standorte zu fordern. Zuvor waren in Mannheim am 13. Januar 1.000 Beschäftigte auf die Straße gegangen. In Mannheim wurde ein Überbetriebliches Solidaritätskomitee gegründet. Ziel ist es, den gemeinsamen Informationsaustausch und die gegenseitige Hilfe bei Angriffen auf Arbeitsplätze und Standorte zu verbessern.

Weitere Infos unter:

<http://www.mannheim.igm.de/news/meldung.html?id=75367>
<http://www.stuttgart.igm.de/news/meldung.html?id=75330>
<http://www.resistance-online.eu/alstom/>

